

PRESSEMITTEILUNG

17.03.2016

LANDESREGIERUNG BELASTET STADTKASSE!

„Die Landesregierung hat mit den gesetzlichen Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende geschlossen, die erheblich zu Lasten der Kommunen und kreisfreien Städte geht“, stellt **Jens Seidel**, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion, fest und ergänzt verärgert: „Bei knapp 5000 Flüchtlingen im Stadtgebiet wird der zu tragende Verwaltungsanteil von acht Prozent der Behandlungskosten, der an die Krankenkassen von der Stadt abzuführen ist, nicht unerheblich zusätzlich den städtischen Haushalt belasten!“

„Die Landesregierung wird seit Monaten nicht müde, immer wieder zu betonen, in welchem großen Umfang sie die Kommunen bei der Flüchtlingsfrage entlastet und unterstützt. Es ist für die CDU-Ratsfraktion kein Zeichen von Wertschätzung oder Entlastung, wenn die bislang geleistete Arbeit in Sachen Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Hannover durch das zusätzliche Aufbürden von Kosten seitens der Landesregierung „honoriert“ wird“, führt **Seidel** weiter aus. „Zumal sich auch die Niedersächsischen Spitzenverbände (Niedersächsischer Städtetag und Landkreistag) gegen den Vorschlag der Landesregierung ausgesprochen hatten und nach wie vor fordern, dass die Kosten für die Gesundheitsvorsorge der Asylsuchenden durch das Land getragen werden.“

„Wir fordern den Oberbürgermeister auf, umgehend zu prognostizieren, welche zusätzlichen Kosten auf Hannover durch diese Neuregelung zukommen werden. Außerdem muss er sich als Verwaltungschef der größten niedersächsischen Stadt umgehend dafür einsetzen, dass diese Belastung der Kommunen und kreisfreien Städte schnellstmöglich rückgängig gemacht wird“, so **Seidel** abschließend.

